



# **Niederschrift**

## **Wirtschaftsausschuss**

19. Wahlperiode - 68. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 18. August 2021, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Peer Knöfler (CDU)

i. V. von Hartmut Hamerich

Andreas Hein (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Thomas Hölck (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kay Richert (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

i. V. von Christian Dirschauer

### **Weitere Abgeordnete**

Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Berichte des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum</b>	<b>5</b>
	a) <b>Sachstand Operationelles Programm EFRE Schleswig-Holstein 2021-2027</b> hierzu: Umdruck 19/6177	<b>5</b>
	b) <b>Sachstand zum ESF+-Programm in Schleswig-Holstein 2021 - 2027</b> hierzu: Umdruck 19/6175	<b>5</b>
<b>2.</b>	<b>Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zu den</b> <b>Wirtschaftshilfen sowie zur teilweise notwendigen Rückzahlung von</b> <b>Corona-Soforthilfen</b>	<b>7</b>
	Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD) Umdruck 19/6100	
<b>3.</b>	<b>Bericht der Landesregierung zur Übernahme der Nobiskrug-Werft durch</b> <b>die Tennor Holding</b>	<b>10</b>
	Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD) Umdruck 19/6101	
<b>4.</b>	<b>Bericht der Landesregierung zur angekündigten Schließung der Caterpillar-</b> <b>Standorte in Schleswig-Holstein, zum Verlust der damit verbundenen</b> <b>Arbeitsplätze und zur Zukunft der Beschäftigten</b>	<b>11</b>
	Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD) Umdruck 19/6102	
<b>5.</b>	<b>Änderung der Bahntrassenplanung im Bereich der Gemeinde Scharbeutz</b>	<b>12</b>
	Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD) Umdruck 19/6131	
<b>6.</b>	<b>Lieferkettengesetz jetzt!</b>	<b>17</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2301 (neu)	
<b>7.</b>	<b>Gründungsgeist im Land weiter stärken</b>	<b>18</b>
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2509	
<b>8.</b>	<b>Mietenmoratorium wieder in Kraft setzen! Mieter*innen in der Corona-Krise</b> <b>nicht im Stich lassen!</b>	<b>19</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2620	

<b>9.</b>	<b>Mehr Sicherheit auf der A 7</b>	<b>20</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2397	
	<b>Unfallschwerpunkte analysieren und technische Maßnahmen prüfen</b>	<b>20</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2444	
<b>10.</b>	<b>Finanztransaktionssteuer einführen</b>	<b>21</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2609	
<b>11.</b>	<b>Sitzungstermine des Wirtschaftsausschusses für das 1. Halbjahr 2022</b>	<b>22</b>
	Umdruck 19/6093	
<b>12.</b>	<b>Lücken schließen - Bericht zum aktuellen Stand des Breitband- und Mobilfunkausbaus</b>	<b>23</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3059	
<b>13.</b>	<b>Aktenvorlagebegehren zum Gutachten OdeS - Optimierung des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein</b>	<b>24</b>
	hier: Beschlussfassung über Geheimhaltung vertraulicher Umdruck 19/6033	
<b>14.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>25</b>

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einstimmig beschließen die Ausschussmitglieder, die bereits verteilten Vorlagen, [Umdrucke 19/5948](#) und 19/6003, vertraulich zu behandeln und ihre Inhalte geheim zu halten.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, die Beratungen der Tagesordnung in geänderter Reihenfolge vorzunehmen: Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 13 in einem öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil am Ende der Sitzung beraten.

Der Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung um einen Bericht der Landesregierung über die Position zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung, [Umdruck 19/6136](#), wird vom Antragsteller, Abg. Vogel, zurückgezogen. Er kündigt an, diesen Bericht im Umwelt- und Agrarausschuss zu erbitten.

Minister Dr. Buchholz bietet an, im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 5 über aktuelle Bauvorhaben der DB AG, insbesondere den Brückenbau Lindaunis, zu berichten. - Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

- 1. Berichte des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum**
  - a) Sachstand Operationelles Programm EFRE Schleswig-Holstein 2021-2027**  
hierzu: [Umdruck 19/6177](#)
  - b) Sachstand zum ESF+-Programm in Schleswig-Holstein 2021 - 2027**  
hierzu: [Umdruck 19/6175](#)

Herr Dr. Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, informiert über den Sachstand des operationellen Programms EFRE Schleswig-Holstein, hier insbesondere die Programmierungsarbeiten für das EFRE-Programm 2021 bis 2027 ([Umdruck 19/6177](#)).

Im Anschluss daran stellt er den Sachstand zur Programmierung ESF+ Schleswig-Holstein 2021 bis 2027 vor ([Umdruck 19/6175](#)).

In der Aussprache kündigt Minister Dr. Buchholz die schriftliche Beantwortung der Frage von Abg. Waldinger-Thiering an, ob bei der Förderung der Kreislaufwirtschaft in Zukunft auch das MBWK eingebunden werde (s. [Umdruck 19/6177](#)).

Im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Vogel und Abg. Waldinger-Thiering zur Förderung aus REACT-Mitteln für das Coaching von Berufsschülerinnen und -schülern, insbesondere beim Übergang von Schule zum Beruf, erklärt Minister Dr. Buchholz, dass es keine politische Entscheidung gebe, diese Mittel zu kürzen oder bei der Förderung regionale Unterschiede zu machen. Im Gegenteil sei es wichtiger denn je, diesen Bereich zu unterstützen. - Herr Tretbar-Endres, Wirtschaftsministerium, bietet an, dem Ausschuss eine Übersicht über die Coaching-Projekte zuzuleiten und ergänzt, in diesem Bereich habe es sogar eine Aufstockung der Mittel gegeben. Die REACT-Mittel würden außerdem dazu genutzt, den Finanzierungsanteil der Arbeitgeberinnen und -geber für Weiterbildungsmaßnahmen auf 10 % zu senken, sodass diese Maßnahmen zu 90 % aus ESF-Mitteln finanziert werden könnten. Diese besonderen Förderquoten seien bis 2023 vorgesehen, danach solle es zu den herkömmlichen Bedingungen weitergehen.

Abg. Waldinger-Thiering bittet darum, in die Liste der Coaching-Projekte auch das Jugendaufbauwerk in Schleswig aufzunehmen.

Minister Dr. Buchholz beantwortet eine Frage von Abg. Hölck zum Zeitplan dahingehend, dass davon auszugehen sei, dass noch im September 2021 der Programmentwurf zu den ESF-Mitteln eingereicht werden könne. Man sei im Land jedoch bereits mit dem Ausrollen des Programms gestartet. - Herr Tretbar-Endres ergänzt, für die nächsten Aktionen liefen bereits die Ausschreibungen, weil man eine nahtlose Fortsetzung der Projekte zum 1. Januar 2022 sicherstellen wolle. - Minister Dr. Buchholz bittet um direkte Information, wenn die Abgeordneten von Problemen im Zusammenhang mit Projektanträgen und der Gewährung von Förderung Kenntnis erlangten. Die Programme würden ständig evaluiert.

## 2. **Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zu den Wirtschaftshilfen sowie zur teilweise notwendigen Rückzahlung von Corona-Soforthilfen**

Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD)  
[Umdruck 19/6100](#)

Einleitend informiert Minister Dr. Buchholz zunächst kurz über den Sachstand der Auszahlung der Wirtschaftshilfen im Zusammenhang mit der Coronapandemie im Land. Dazu führt er unter anderem aus, mit Stand heute seien knapp 1,6 Milliarden € an Wirtschaftshilfen an die Unternehmen des Landes geflossen. Parallel dazu seien Darlehen und Beteiligungen in einer Größenordnung von 250 Millionen € gewährt worden. Noch immer erreichten sein Haus pro Woche etwa 250 neue Anträge zur Überbrückungshilfe III. Das zeige, dass das Verfahren noch lange nicht abgeschlossen sein werde. Die Abarbeitung erzeuge natürlich hohe zusätzliche Kosten: Die schnelle und unbürokratische Auszahlung sei nur durch die Einschaltung eines privaten Dienstleisters und den Einsatz zusätzlichen Personals sicherzustellen. Diese Abwicklungskosten für die Wirtschaftshilfen trage das Land allein. Man rede hier von etwa 50 bis 60 Millionen €. Derzeit würden diese durch die Umschichtung von Vorhabenmitteln gezahlt, zum Beispiel aus Mitteln, die durch die Nichtinanspruchnahme des Mittelstandsfonds, noch zur Verfügung stünden.

Minister Dr. Buchholz berichtet, dass die Bundesregierung die Überbrückungshilfe III bis September 2021 als sogenannte Überbrückungshilfe III Plus verlängert habe. Neu sei, die sogenannte Restartprämie, mit der Anwalts- und Gerichtskosten und vieles andere mehr beantragt werden könnten. Darüber hinaus seien beihilferechtliche Anpassungen vorgenommen und die Möglichkeit für größere Unternehmen mit Umsatzrückgängen von 80 % und mehr geschaffen worden, ebenfalls Anträge zu stellen. Er kündigt an, dass auch die Härtefallregelungen des Landes jetzt sozusagen in die Verlängerung gingen. Die Antragsfrist für diese ende am 31. Oktober 2021, hier sei eine Verlängerung entsprechend der Überbrückungshilfe III denkbar.

Die Abarbeitungsquote der Anträge im Zusammenhang mit den Coronahilfen liege im Land bei 70 bis 80 %. Nach den anfänglichen Problemen habe man erfolgreich Beschleunigungsmaßnahmen ergriffen, sodass das Land bei der Bearbeitung der Überbrückungshilfe III inzwischen im Vergleich der Länder bundesweit eine Spitzenposition einnehme. 90 % der Anträge seien bereits abgearbeitet.

Im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Hölck zu den Rückforderungsmodalitäten bereits gezahlter Coronahilfen führt Minister Dr. Buchholz aus, ihm sei wichtig festzustellen, dass entgegen mancher Presseberichterstattung keine Coronahilfen zurückgefordert würden, sondern lediglich Geld zurückgefordert werde, das nach den Bedingungen für die Coronahilfen gar nicht erst hätte ausgezahlt werden dürfen. Dabei wolle er keinen Vorwurf gegenüber den Unternehmerinnen und Unternehmern erheben, denn diese seien ja gehalten gewesen, zunächst ihre Umsätze zu schätzen. Nun werde überprüft, ob diese Schätzung auch eingetroffen sei. In diesem Zusammenhang verweise er auf das Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums zu dieser Thematik. Die Steuerberaterinnen und Steuerberater hätten darum gebeten, als Land auch noch einmal die Unternehmen aufzufordern, ihre Schätzungen zu überprüfen. Viele Bundesländer hätten dazu bereits Schreiben verschickt. Das Land Schleswig-Holstein habe ein entsprechendes Schreiben über Steuerberaterinnen und -berater angekündigt. In welcher Größenordnung es zu Rückforderungen kommen werde, könne er nicht einschätzen. Es sei davon auszugehen, dass es jetzt nach dieser Aufforderung, selbst noch einmal in eine Prüfung einzusteigen, vermehrt zu Rückzahlungen kommen werde. Es habe jedoch auch schon vorher freiwillige Rückzahlungen gegeben.

Ein anderes Thema seien die Missbrauchsfälle. Im Zusammenhang mit den knapp 120.000 gestellten Anträgen gebe es 467 Auskunftersuchen der Ermittlungsbehörden des Bundes und knapp über 20 Anfragen beim Land. Insgesamt habe es im Bund und Land 74 Strafanzeigen gegeben. Damit könne man also nicht von einer großen Zahl an Missbrauchsfällen sprechen. Mit der Abwicklung der Verfahren werde man aber noch in den nächsten Jahren beschäftigt sein, das bedeute, dass auch immer wieder Verdachtsfälle auftauchen könnten, denen man dann gegebenenfalls nachgehen werde. Gegebenenfalls würden sich auch die Prüfungsvorgaben des Bundes noch einmal ändern.

In der anschließenden Aussprache beantwortet Minister Dr. Buchholz die Frage von Abg. Waldinger-Thiering zur Verlängerung der Laufzeiten der Hilfsprogramme dahingehend, wie lange es eine Verlängerung beispielsweise der Überbrückungshilfe III Plus geben werde, müsse der Bund entscheiden. Aus seiner Sicht sei klar, dass man sich nun langsam aus dem Modus der Hilfsleistungen rausbewegen müsse, denn durch sie träten auch Wettbewerbsverzerrungen auf. Er gehe davon aus, dass die Einführung der 3-G-Regel im Alltag dazu führen werde, dass man nicht mehr von großen Umsatzeinbußen sprechen könne. Für weitere Lockdown-Maßnahmen im Herbst gebe es vor dem Hintergrund der großen Anzahl von geimpften Personen inzwischen auch keine Rechtfertigung mehr.

Im Zusammenhang mit Nachfragen von Abg. Schnurrbusch zur Überprüfung der Selbsteinschätzung für die Beantragung von Soforthilfen führt Minister Dr. Buchholz aus, die Unternehmen seien ohnehin gehalten, ihre Umsätze aufgeschlüsselt aufzuführen, notfalls müsse das der Steuerberater machen. Anhand dieser Auflistung könne das Unternehmen dann selbst überprüfen, ob seine Selbsteinschätzung bei der Beantragung der Soforthilfen auch eingetroffen sei.

Abschließend kündigt Minister Dr. Buchholz an, dass er den Dank des Ausschusses, den er in dieser Sitzung vernommen habe, gern an die Landesverwaltungen, den Dienstleister KPMG und die IB.SH weitergebe, wo die ganze Zeit über eine sehr starke Arbeitsbelastung im Zusammenhang mit den Wirtschaftsförderungsinstrumenten, den sogenannten Coronahilfen, geleistet worden sei.

**3. Bericht der Landesregierung zur Übernahme der Nobiskrug-Werft durch die Tennor Holding**

Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD)

[Umdruck 19/6101](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 LVerf i. V. m. § 17 Absatz 2 GeschO)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil beraten (siehe nicht öffentlicher und vertraulicher Teil der Niederschrift).

**4. Bericht der Landesregierung zur angekündigten Schließung der Caterpillar-Standorte in Schleswig-Holstein, zum Verlust der damit verbundenen Arbeitsplätze und zur Zukunft der Beschäftigten**

Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD)

[Umdruck 19/6102](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 LVerf i. V. m. § 17 Absatz 2 GeschO)

Auch dieser Tagesordnungspunkt wurde in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Teil beraten (siehe nicht öffentlicher und vertraulicher Teil der Niederschrift).

## **5. Änderung der Bahntrassenplanung im Bereich der Gemeinde Scharbeutz**

Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD)  
[Umdruck 19/6131](#)

Abg. Schnurrbusch führt zur Begründung seines Antrags zur Tagesordnung aus, Hintergrund dafür seien Gespräche in der letzten Woche zwischen dem Landrat des Kreises Ostholstein den Bürgermeistern von Scharbeutz und Ratekau sowie Vertretern der Deutschen Bahn und des Wirtschaftsministeriums. In diesem Gespräch habe die Bahn eine Änderung der Trassenführung im Bereich Scharbeutz angekündigt. Landrat Sager habe darüber die Mitglieder des Gemeinderates informiert, die von diesen neuen Plänen völlig überrascht worden seien. Die Gemeinderatsmitglieder seien der Auffassung, dass das nun neu geplante Ständerwerk einen unzumutbaren Eingriff in das Landschaftsbild darstelle. Sie hätten deshalb die Bahn aufgefordert, die Pläne noch einmal zu überdenken. Vor dem Hintergrund sei jetzt die Durchführung eines Runden Tisches geplant. Abg. Schnurrbusch erklärt, vor dem Hintergrund interessiere ihn die Position der Landesregierung, mit der diese in die anstehenden Gespräche gehen wolle.

Minister Dr. Buchholz bemerkt einleitend, auch die Landesregierung sei im Juli 2021 davon überrascht worden, dass die DB AG im Zuge der Pläne der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung Änderungen vorgenommen habe, die dann auch einigen Gemeindevertretern der Gemeinde Scharbeutz vorgestellt worden seien. Bis zu einem Anruf von Landrat Sager im Juli sei ihm von diesen Plänen nichts bekannt gewesen. Er habe daraufhin die DB AG um weitere Informationen gebeten.

Am 5. August 2021 seien Frau Herbort und Herr Limprecht in Kiel gewesen und hätten dargelegt, warum man in die Umplanungen gehen müsse. Das Problem sei, dass bei den Ursprungsplänen zwar berücksichtigt worden sei, dass Züge nur bestimmte Steigungen und Gefälle überwinden könnten, nämlich maximal 9 %. Das sei bei den bisherigen Planungen auch eingehalten worden, habe auf dem Streckenabschnitt allerdings zu sehr vielen Auf- und Abweigungen geführt, die so nicht bestehen bleiben könnten. Deshalb sei jetzt eine Höhenführung der Trasse über eine längere Strecke vorgesehen. Die DB AG plane nunmehr für den Autobahnanschluss in Scharbeutz, dass die Straße, die dort ankomme, in einer Höhe von 6 m über die Autobahn geführt werde. Die Bahn solle dann um weitere 6 m darüber über eine weitere

Trasse geführt werden, sodass diese über 800 m Länge auf 12 m Höhe auf einem Ständerbauwerk geführt werde. Das habe natürlich massive Auswirkungen auf den Lärmschutz - unabhängig von der Ästhetik, die in der Region als extrem beeinträchtigt betrachtet werde.

Er - so Minister Dr. Buchholz - habe der Bahn mitgeteilt, dass er diese Pläne für schwierig halte und dass unbedingt geprüft werden müsse, ob es nicht noch eine andere Lösung für die Problematik gebe. Außerdem habe er sehr eindringlich dafür geworben, dass die DB AG in einen offenen Dialog mit der Region eintrete. Insgesamt sei festzustellen, dass dieser Planungsprozess noch nicht abgeschlossen sei. Zum Lärmschutz habe er jetzt neu gelernt, dass zwar Straßen nach unten Lärm abstrahlten, das sei jedoch bei Gleiskörpern anders, da diese auch in der Höhe lärmreduziert gebaut werden könnten. Er gehe deshalb davon aus, dass es im Zusammenhang mit diesen neuen Plänen eher ästhetische Probleme geben werde als ein Lärmschutzproblem.

Auf Nachfrage von Abg. Schnurrbusch bestätigt Minister Dr. Buchholz, dass für den 25. August 2022, 10 Uhr, zu einem Runden Tisch zu dieser Thematik eingeladen worden sei.

Zur Nachfrage von Abg. Dr. Tietze, ob es durch diese Thematik jetzt gegebenenfalls zu weiteren Verzögerungen der Hinterlandanbindung kommen werde, führt Minister Dr. Buchholz aus, das Bestreben der DB AG sei, dass auch die Hinterlandanbindung bis 2029 fertiggestellt sein werde. Derzeit bereite die DB AG die Planungsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren vor. Wieviel Zeit da sozusagen als Reserve eingeplant sei, wisse er nicht. Er gehe davon aus, dass weitere Umplanungen erforderlich sein werden und nie ausgeschlossen werden könne, dass in weiteren Fragen noch Klagepotenzial stecke.

Abg. Vogel erklärt, auch er sei entsetzt gewesen, als er von den Plänen der Bahn erfahren habe. Da ein Vertreter des Landtags am Runden Tisch am 25. August 2022 nicht teilnehmen können, weil zeitgleich Landtagssitzung sei, bitte er in der nächsten Ausschusssitzung um eine Visualisierung der verschiedenen Varianten, die jetzt im Gespräch seien. Gegebenenfalls könne auch das, was an Vorlagen an dem Runden Tisch diskutiert werde, dann im Nachgang den Vertreterinnen und Vertretern des Landtags zugänglich gemacht werden. - Minister Dr. Buchholz schlägt vor, dass sich der Ausschuss direkt an die DB AG wende, um eine Präsentation der neuen Pläne zu bekommen. Er bedauert, dass in diesem Fall die Kommunikation vonseiten der DB AG so schlecht gelaufen sei, da auch er den Eindruck gehabt habe, dass im letzten Jahr eine deutliche Verbesserung der Kommunikationswege erreicht worden

sei. Er wiederholt noch einmal, dass es sich bei den neuen Plänen der Bahn um keine willkürliche Neuplanung handle, sondern die neue Trassenführung aufgrund technischer Notwendigkeiten erforderlich sei. Man werde deshalb einen Kompromiss finden müssen.

\* \* \*

Minister Dr. Buchholz berichtet im Folgenden über den aktuellen Sachstand zum **Bauprojekt Brücke Lindaunis** an der Schlei. Dazu führt er unter anderem aus, die Gründungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau der Brücke Lindaunis hätten leider dazu geführt, dass sich der weiche Untergrund der Schlei bewegt habe, sodass sich das alte Bauwerk der Brücke um bis zu 20 cm bewegt habe. Damit habe man auch einen Gleisversatz von 20 cm gehabt. Die Gründungsarbeiten hätten zunächst abgebrochen werden müssen, weil man damit rechnen müsse, dass die Standfestigkeit der Brücke insgesamt Schaden nehme. Zusätzlich seien durch einen Kran die Oberleitungen zerstört worden. Damit drohe jetzt die Gefahr, dass die Brücke insgesamt nicht mehr bestandsfähig sei.

Die DB AG schlage deshalb vor, die alte Brücke sofort komplett abzureißen. Da der Neubau noch mindestens drei Jahre in Anspruch nehmen würde, würde das dazu führen, dass es bis Ende des Jahre 2024 keine Möglichkeit in Lindaunis geben werde, die Schlei zu passieren. Das sei aus seiner Sicht - so Minister Dr. Buchholz - nicht akzeptierbar. Es müsse zumindest die Chance geben, nach Abschluss der Gründungsarbeiten das Bestandsbauwerk so zu sichern, dass es während der Bauzeit der neuen Brücke dann auch wieder genutzt werden könne. Das werde zwar den Neubau ein klein wenig verzögern und auch mehr Geld kosten, dann habe man aber die Chance, zumindest in der touristischen Saison das Bauwerk noch nutzen zu können.

Auf dieses Vorgehen habe man sich jetzt mit der DB AG geeinigt, sodass das Bauwerk zunächst nicht abgerissen werde. Dabei sei klar, wenn die Gründungsarbeiten für den Neubau im November 2021 wiederaufgenommen würden, dass dann das Brückenbauwerk bis auf Weiteres nicht passierbar sein werde, beziehungsweise nur Fuß- und Radverkehr über die Brücke verkehren dürfe. Er gehe jedoch davon aus, wenn die Gründungsarbeiten zur Sommersaison dann hoffentlich beendet werden sein, dass das Bestandsbauwerk auch für den Zugverkehr und den Straßenverkehr wieder in Betrieb genommen werden könne. Er rechne mit Mehrkosten in Höhe von etwa 9 Millionen €, diese sollten zwischen Land und dem BAG aufgeteilt werden. Das Land werde etwa 6 Millionen € tragen müssen. Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion

sei gebeten worden, ebenfalls eine Beteiligung an den Kosten zu prüfen, da es sich bei der Brücke auch um ein Bauwerk für den Wasserweg handle.

Abg. Waldinger-Thiering erklärt, für die Region sei der Ausfall der Brücke eine Katastrophe. Die Brücke sei eine Lebensader, deshalb sei es wichtig, dass es zumindest einen Schienenersatzverkehr gebe.

Abg. Dr. Tietze hält den Ausfall der Brücke auch vor dem Hintergrund des Wassersporttourismus für schwierig. Er fragt, ob es möglich sei, eine Bedarfs- oder Behelfsfähre einzurichten, um den kompletten Ausfall der Brücke - sollte er doch notwendig sein - zu kompensieren.

Abg. Knuth möchte wissen, ob die Bahn sichergestellt habe, dass die Baufahrzeuge, die sie jetzt erst einmal alle abgezogen habe, dann auch wieder zur Verfügung gestellt werden könnten, wenn die Bauarbeiten weitergehen sollten. - Minister Dr. Buchholz antwortet, die Bahn habe ihm versichert, dass sie in der Lage sei, die Kapazitäten schnell wieder zur Verfügung zu stellen, die jetzt erst einmal abgezogen worden seien. Aber natürlich sei das eine Sache des Vorhabenträgers. Zu den übrigen Fragen aus dem Ausschuss führt er aus, dass man es insgesamt mit vier Verkehrsarten zu tun habe, der Schlei als Bundeswasserstraße, die im Wesentlichen von Sportbooten und von der kommerziellen Schifffahrt genutzt werde, mit einem Straßenbauwerk für PKW-, Bus- und Radverkehr sowie Fußgänger und einem Schienenbauwerk. Am wichtigsten sei aus seiner Sicht der Schienenweg. Denn die Umfahrungssituation auf der Straße sei zumutbar, Schienen seien jedoch nicht umleitbar. Deshalb müsse die Schiene möglichst lang erhalten bleiben. Wenn das Bauwerk im Sommer für den Schienenverkehr erhalten bleiben, aber vielleicht die Brücke in der Zeit nicht geklappt werden könne, sei das aus seiner Sicht hinnehmbar, da der Schienenverkehr Vorrang vor der Passierbarkeit des Wasserwegs habe. Alle Schiffseigner, die ihre Schiffe in der Schlei hätten, würden über die Bauarbeiten und dessen Auswirkungen informiert. Eine Fährverbindung als Ausweichmöglichkeit sei geprüft worden. Da allerdings in 12 km Entfernung eine Querung der Schlei in Kappeln möglich sei, sei dies unverhältnismäßig. Entscheidend sei, dass man die Schienenverbindung, die für weite Teile des Landes wichtig sei, auch in der Bauphase der neuen Brücke zumindest zeitweise sicherstellen könne. Darauf seien alle Überlegungen ausgerichtet.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Metzner erklärt Minister Dr. Buchholz, für das neue Brückenbauwerk habe es wahrscheinlich kein Planfeststellungsverfahren gegeben, da es sich um ein Ersatzbauwerk handle; wahrscheinlich sei nur ein Plangenehmigungsverfahren

durchgeführt worden. Er sei sich auch nicht sicher, ob man in einem Planfeststellungsverfahren diese Unwägbarkeiten, die sozusagen im Boden der Schlei begründet lägen, geprüft und somit frühzeitiger entdeckt hätte.

## 6. Lieferkettengesetz jetzt!

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/2301](#) (neu)

(überwiesen am 28. August 2020 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss, den Sozialausschuss und den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/4650](#), [19/4651](#), [19/4695](#), [19/4705](#), [19/4724](#),  
[19/4837](#), [19/4863](#), [19/4880](#), [19/4881](#), [19/4900](#),  
[19/4913](#), [19/4921](#), [19/4923](#), [19/4927](#), [19/4929](#),  
[19/4931](#), [19/4938](#), [19/4939](#), [19/4940](#), [19/4941](#),  
[19/4942](#), [19/4945](#) (neu), [19/4946](#), [19/4947](#),  
[19/4948](#), [19/4949](#), [19/4950](#), [19/4951](#), [19/4971](#),  
[19/4986](#), [19/4988](#), [19/5407](#), [19/5468](#), [19/5686](#),  
[19/5700](#), [19/5716](#), [19/5717](#), [19/5818](#)

Abg. Metzner erklärt, aus Sicht der Antragsteller habe sich der zweite Absatz des Antrags inzwischen erledigt. In der durchgeführten Anhörung habe es zum ersten Absatz des Antrags jedoch sehr viele unterschiedliche Äußerungen gegeben; die SPD halte ihren Antrag in dem Punkt aufrecht.

Abg. Richert nimmt Bezug auf die Pressemitteilung der SPD zum Beschluss des Umwelt- und Agrarausschusses zu dem vorliegenden Antrag, in dem behauptet werde, die FDP spreche sich gegen verbindliche Regelungen für ökologische Mindeststandards aus, deshalb scheitere sozusagen deren Einführung in der Jamaika-Koalition. Das wolle er an dieser Stelle ausdrücklich zurückweisen. - Abg. Metzner erklärt, sie habe sich in der Pressemitteilung auf Äußerungen im Umwelt- und Agrarausschuss bezogen. Mit dem Antrag liege ein konkreter Text vor, zu dem sich die FDP in der Abstimmung gern positiv verhalten könne.

Der Ausschuss schließt damit seine Beratungen zu der Vorlage ab. Er empfiehlt dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Absatz 1 des Antrags dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen. Einstimmig und mit Einverständnis des Antragstellers empfiehlt er ihm außerdem, den Absatz 2 dem Landtag zur Erledigung zu empfehlen.

## 7. **Gründungsgeist im Land weiter stärken**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/2509](#)

(überwiesen am 20. November 2020 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/5029](#), [19/5203](#), [19/5208](#), [19/5214](#), [19/5215](#),  
[19/5216](#), [19/5225](#), [19/5226](#), [19/5230](#), [19/5231](#),  
[19/5233](#), [19/5235](#), [19/5241](#), [19/5244](#), [19/5246](#),  
[19/5249](#), [19/5253](#), [19/5257](#), [19/5258](#), [19/5341](#),  
[19/5658](#), [19/5783](#), [19/5795](#), [19/5817](#), [19/5819](#),  
[19/5820](#), [19/5821](#)

Einstimmig schließt sich der Ausschuss zu dieser Vorlage dem Votum des federführenden Bildungsausschusses an.

**8.       Mietenmoratorium wieder in Kraft setzen! Mieter\*innen in der Corona-Krise nicht im Stich lassen!**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2620](#)

(überwiesen am 9. Dezember 2020 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/5593](#), [19/5691](#), [19/5694](#), [19/5862](#), [19/5864](#),  
[19/5865](#), [19/5866](#), [19/5867](#), [19/5868](#), [19/5869](#),  
[19/5871](#), [19/5872](#), [19/5881](#)

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zu der Vorlage ab.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung des SSW empfiehlt er dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

## 9. **Mehr Sicherheit auf der A 7**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2397](#)

### **Unfallschwerpunkte analysieren und technische Maßnahmen prüfen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/2444](#)

(überwiesen am 24. September 2020 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zu den Vorlagen ab.

Er empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit dem beteiligten Innen- und Rechtsausschuss mit dem Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, Mehr Sicherheit auf der A 7, Drucksache 19/2397, abzulehnen.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung von SPD und SSW spricht er ebenfalls im Einvernehmen mit dem beteiligten Innen- und Rechtsausschuss an den Landtag die Empfehlung aus, den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/2444](#), anzunehmen.

## 10. **Finanztransaktionssteuer einführen**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2609](#)

(überwiesen am 9. Dezember 2020 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/5311](#), [19/5414](#), [19/5415](#), [19/5416](#), [19/5418](#),  
[19/5425](#), [19/5435](#), [19/5437](#), [19/5438](#), [19/5442](#),  
[19/5443](#)

Einstimmig schließt sich der Wirtschaftsausschuss dem Votum des federführenden Finanzausschusses an und damit seine Beratungen zu der Vorlage ab.

**11. Sitzungstermine des Wirtschaftsausschusses für das 1. Halbjahr 2022**

[Umdruck 19/6093](#)

Die Ausschussmitglieder beschließen ihre Sitzungstermine für das 1. Halbjahr 2022 ([Umdruck 19/6147](#)).

**12. Lücken schließen - Bericht zum aktuellen Stand des Breitband- und Mobilfunkausbaus**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3059](#)

(überwiesen am 16. Juni 2021 an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Der Wirtschaftsausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 19/3059](#), abschließend zur Kenntnis.

**13. Aktenvorlagebegehren zum Gutachten OdeS - Optimierung des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein**

hier: Beschlussfassung über Geheimhaltung vertraulicher [Umdruck 19/6033](#)

(Der Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 LVerf i. V. m. § 17 Absatz 2 GeschO nicht öffentlich und vertraulich beraten.)

hierzu: [Umdrucke 19/5670](#), [19/5543](#)

Der Tagesordnungspunkt wird in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil beraten (siehe nicht öffentlichen und vertraulichen Teil der Niederschrift).

## **14. Verschiedenes**

Der Ausschuss kommt überein, zu seiner nächsten Sitzung Vertreter der DB AG einzuladen, um sich über den aktuellen Sachstand der Bahntrassenplanung im Bereich der Gemeinde Scharbeutz im Zusammenhang mit der Schienenanbindung zur Festen Fehmarnbeltquerung und zum Brückenbau Lindaunis informieren zu lassen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt den öffentlichen Teil der Beratungen um 11:57 Uhr. Nach Fortsetzung der Beratungen in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil schließt der Vorsitzende die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin